



PERSPEKTIVE DER PARTEIENENTWICKLUNG VORSTELLUNGEN ÜBER EIGENTUM

■ Analyse		
	Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystems. Matthes Buhbe und Maja Denisow, Moskau	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Die Parteien in Wahlen und Umfragen	6
	Die Relevanz der Parteien	6
	Die „Sonntagsfrage“	7
	Die Ergebnisse der Dumawahlen 1993–2003	10
■ Umfrage		
	Wie bürgerlich ist Russland heute?	
	Die Einstellung der Russen zum Eigentum	11
■ Chronik		
	Vom 16. bis zum 22. September 2005	14
■ Lesehinweis		
	Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 8/2005 (Thema: „Europa bilden. Politische Bildung zwischen Ost und West“)	15
	Abstracts der Artikel mit Russlandbezug im Osteuropa-Sonderheft „Sketches of Europe. Old lands. New worlds.“ (englisch)	16

Analyse

Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystems

Mattes Buhbe und Maja Denisow, Friedrich-Ebert-Stiftung, Moskau

Zusammenfassung

Im Sommer 2005 hat das „Zentrum für politische Technologien“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie über die Entwicklung des russischen Parteiensystems erarbeitet. Die Autoren interpretieren die russische Situation als „mexikanisches Modell“, in dem die „Partei der Macht“ zwar die absolute Mehrheit hat, die anderen Parteien aber von ihr unabhängig sind und Kritik an ihr üben.

Die in den letzten Jahren verabschiedeten Änderungen der Regeln über den Zugang auf den „politischen Markt“ verschärfen die Defizite des russischen Parteiensystems: eine begrenzte institutionelle Bedeutung in der Politik, inadäquate Artikulation der gesellschaftlichen Interessen und als Folge davon ein geringes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Parteien, die sich angesichts der Neuerungen des Vertretungsorgans der Macht (und folglich auch der Parteien) noch weiter voneinander entfernen könnten. Die Herausbildung einer „klassischen Demokratie“ in Russland ist in naher Zukunft höchst unwahrscheinlich. Der Weg hin zu einem vollwertigen, konsolidierten Parteiensystem in Russland wird sehr langwierig und schwierig sein.

Mögliche Entwicklungsmodelle

Die Zukunft der politischen Parteien Russlands ist von zwei Faktoren abhängig: erstens von den Prioritäten des Kremls, d.h. des dominierenden politischen Akteurs, und zweitens von der Fähigkeit der politischen Parteien selbst, eine Strategie zu erarbeiten und umzusetzen, die den Parteien mehr Spielräume gibt und sie in ihren Aktivitäten vom Kreml unabhängiger macht.

Die Änderung des Wahlgesetzes und der damit verbundene Übergang von einem gemischten Verhältniswahlrecht zu einem reinen Verhältniswahlsystem zeugen davon, dass der Kreml als wichtigster strategischer Orientierungsgeber nicht daran interessiert ist, die eigentliche „Partei der Macht“ im Parlament weiter zu maximieren. Vielmehr scheint die Strategie des Kreml darauf hinauszulaufen, die Mehrheit der anderen Parteien zu kontrollieren. Da die wichtigsten administrativen und finanziellen Ressourcen vom Kreml beaufsichtigt werden, kann sich kaum eine Partei volle Unabhängigkeit vom Kreml leisten.

Die Wechselbeziehung zwischen diesen Faktoren – dem Einfluss der „Partei der Macht“ und seine Kontrolle über die anderen Parteien – lassen fünf Modelle zum Funktionieren des Parteiensystems im Parlament denkbar erscheinen:

Das indonesische Modell (unter dem Präsidenten Suharto; 1960–1990): Die „Partei der Macht“ verfügt im Parlament über die absolute Mehrheit. Die anderen Parteien fungieren als loyale politische Partner. Die dominierende Figur ist der Präsident, der die Parteien als „Treibriemen“ zur Umsetzung seiner Pläne nutzt.

Das ostdeutsche Modell (1940er–1980er Jahre): Die „Partei der Macht“ verfügt zwar formal nicht über die absolute Mehrheit, dennoch ist sie die dominante Partei im politischen Raum. Die anderen Parteien dienen lediglich zur „politischen

Dekoration“ (in der DDR existierten offiziell 5 gesamt-nationale politische Parteien – die maximal zugelassene Zahl für die Staaten des Warschauer Paktes).

Das mexikanische Modell (1940er–1990er Jahre): Die „Partei der Macht“ hat die absolute Mehrheit. Die anderen Parteien sind aber in ihren Strukturen von ihr unabhängig und können Kritik an ihr üben.

Das italienische Modell (1950er–1980er Jahre): Die „Partei der Macht“ verfügt im Parlament über die relative Mehrheit. In Koalition mit „kleinen Partnern“ stellt sie die Regierung. Diese sind unabhängig von ihr und verfügen über eine ausgeprägte eigene Identität. Wenn die Popularität der „Partei der Macht“ sinkt, können die Vertreter der anderen politischen Kräfte sogar an die Spitze der Regierung treten (in den 80er Jahre

Modelle der Entwicklung des Parteiensystems

	Absolute Mehrheit der „Partei der Macht“	Einfache Mehrheit der „Partei der Macht“	Mehrheit der zuletzt siegreichen Parteien
Kontrollierte Parteien	„Indonesisches Modell“	„Ostdeutsches Modell“	nicht möglich
Unabhängige Parteien	„Mexikanisches Modell“	„Italienisches Modell“	„Klassisches Modell“

taten dies der Sozialist Craxi und der Republikaner Spadolini).

Die klassische Demokratie (modernes Europa): Eine „Partei der Macht“ existiert im Prinzip nicht.

Zwischen diesen fünf Modellen gibt es große Differenzen. Das „Indonesische Modell“ und das „Ostdeutsche Modell“ stellen verdeckte Formen autoritärer Strukturen dar. Die Unterschiede zum Einparteiensystem sind gering (das formal in der DDR existierende Mehrparteiensystem war dabei weniger demokratisch als das System in Ungarn, wo nur eine Partei existierte).

Aber auch die anderen Modelle unterscheiden sich im Grad ihrer Pluralität. Das „Mexikanische Modell“ ist straff leitbar und ermöglichte der „Partei der Macht“ trotz der Krise von 1990 die uneingeschränkte Führerschaft. Demgegenüber weist das „Italienische Modell“ mehr demokratische Elemente auf. Die Priorität der „Partei der Macht“ ist bedingt durch umfangreiche Maßnahmen (administrative, finanzielle, „antikommunistische Mobilisierung“ usw.), wird aber von den anderen politischen Kräften ständig angezweifelt, die die Rolle von „Eingrenzern“ einnehmen.

Das gegenwärtige russische Parteiensystem erinnert vorrangig an das „Mexikanische Modell“ – jedoch mit wesentlichen Abweichungen. In Mexiko stellte die „Partei der Macht“ eine breite Elitekoalition dar, eine Massenorganisation dominanten Typs, die das Zentrum für sie flankierende Organisationen war – Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Jugendorganisationen. In den Beziehungen zwischen dem Präsidenten und der Partei war die Partei die bestimmende Kraft, die auf der Basis eines innerparteilichen Konsenses den Parteiführer vorschlug, der alle sechs Jahre wechselte und in seinen Handlungen durch die innerparteiliche Disziplin stark eingeschränkt wurde. In Russland ist die Situation völlig anders. Die führende Rolle gehört dem Präsidenten, die Parteien fungieren lediglich als Kraft, die die Politik des Präsidenten in den unterschiedlichen Ebenen (föderal, regional usw.) unterstützt. Hier werden Tendenzen des „Indonesischen Modells“ sichtbar.

Die Zukunft von „Einiges Russland“

Die Zukunft der Partei „**Einiges Russland**“ ist sehr stark von der Entwicklung im Kreml abhängig, insbesondere von der Unterstützung durch den Nachfolger Putins, der allgemeinen Situation im Land und der künftigen Konsolidierung der Vertreter der Macht rund um den neuen Präsidentschaftskandidaten. Wenn der Nachfolger aus den Reihen der herrschenden Klasse stammt und diese ihn auch in einem allgemeinen

Konsens unterstützt, wird es kaum Veränderungen geben. Die Partei „Einiges Russland“ wird weiterhin die führende Partei in Russland bleiben. Ein anderes Szenario entsteht, wenn der Übergang der Macht aus einer angespannten Situation heraus geschieht und über den Nachfolger kein Konsens besteht. Dann wird der neue Präsident deutlich weniger Autorität besitzen. Dies könnte zur Folge haben, dass sich die politische Konkurrenz der verschiedenen im Kreml wirkenden Gruppen deutlich zuspitzen wird. Es könnte dazu kommen, dass mehrere potenzielle Kandidaten für das Präsidentenamt kandidieren. Diese Kandidaten werden bei den Parlamentswahlen 2007 auf verschiedene Parteien setzen. Dabei kann die Partei „Einiges Russland“ als führende Kraft an Bedeutung verlieren und pluralistische Tendenzen wachsen. Damit wird sich auch die zwischenparteiliche Konkurrenz verstärken. Eine solche Entwicklung der Ereignisse könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu schwer voraussagbaren Folgen führen. Wesentliche Veränderungen sind in Russland immer möglich: Es sei daran erinnert, dass zwei von den vier Parteien, die jetzt im Parlament vertreten sind, bei den vergangenen Dumawahlen 1999 noch nicht existierten.

Entwicklungsperspektiven der anderen Parteien

Die **KPRF** wird bei den Parlamentswahlen 2007 sicherlich keinen weiteren Stimmenverlust wie bei den Parlamentswahlen 2003 hinnehmen müssen. Sie verfügt über eine ausreichende Basis, die vor allem bei den Wahlen in die Regionalparlamente Erfolge erzielt. Aufgrund der Zuspitzung der sozialen Lage könnte sich der Wählerstamm der Partei erweitern (allerdings übernimmt sie hier kein Monopol, auch die anderen Parteien greifen mehr und mehr soziale Themen auf). Eine Wiederholung der 1990er Jahre, als die KPRF zeitweise die größte Fraktion in der Staatsduma bildete, ist allerdings fragwürdig. Die Partei konnte sich in den letzten Jahren nicht neu formieren. Sie bleibt ein archaisches politisches Gebilde.

Die Zukunft der **LDPR** ist im großen Maß abhängig von dem Zugang ihres Parteiführers W. Shirinowskij zu den elektronischen Medien. Wenn der Zugang zu den Medien so bleibt wie bisher, dann sind die Chancen sehr groß, dass die LDPR auch bei den nächsten Dumawahlen den Einzug ins Parlament schaffen wird. Daneben konnte die LDPR dank des neuen Wahlgesetzes bei den regionalen Parlamentswahlen 2004 und 2005 in allen Regionen Fraktionen bilden.

Wenn es im Kreml keine Einigkeit bezüglich des Nachfolgers für das Präsidentenamt gibt, könnte die Partei „**Heimat**“ mit Unterstützung von einigen

Gruppen im Kreml rechnen. Sie würde dann als eine Alternative zu der Partei „Einiges Russland“ gesehen werden. Das zentrale Problem bei „Heimat“ liegt dabei allerdings, wie auch schon früher, in der fehlenden innerparteilichen Geschlossenheit, was sich in der Konkurrenz zwischen den „bekanntesten Figuren“ ihrer Dumafraktion zeigt. Daher könnten sich verschiedene Vertreter der Partei „Heimat“ an den unterschiedlichen Gruppierungen im Kreml orientieren und auch an verschiedenen Strategien zu den weiteren Beziehungen mit der KPRF festhalten.

Die **Russische Partei der Rentner** (RPP) kann bei den Dumawahlen 2007 durchaus für eine Überraschung sorgen. Das Thema Gerechtigkeit (welches vor allem bei den sozial anfälligen Rentnern sehr aktuell ist) könnte einen guten Aufhänger für den Wahlkampf bieten.

Eine schwierige Situation ergibt sich für die „Semigin“-Parteiengruppierung **Patrioten Russlands**. Die Semigin-Anhänger werden wie in jüngster Zeit auch „Heimat“ vom Kreml gefördert, um von der nicht loyalen KPRF Wähler abziehen. Doch eine stabile Parteistruktur ist nicht einfach zu erhalten angesichts der Ambitionen einzelner Teilnehmer, die daran gewöhnt sind, selbst politische Projekte zu leiten. Außerdem gibt es große Probleme mit dem Charisma des Vorsitzenden dieses Zusammenschlusses und einer für den Wähler eingängigen Botschaft.

Auch die liberalen Parteien haben derzeit große Probleme. Die Frage einer Vereinigung der Parteien **SPS** und „**Jabloko**“ verkommt immer mehr zu einer PR-Kampagne. Je nach Stimmung in der Bevölkerung versucht jede Partei sich in der Öffentlichkeit ein Image als konstruktive politische Kraft zuzulegen und den Gegner zu diskreditieren. Die zukünftige Struktur dieser Parteien ist im großen Maß abhängig von dem Charakter der Transformation ihrer Strukturen und ihrer Fähigkeit zur personellen Erneuerung. Diese Fähigkeit scheint bei „Jabloko“ eher gering zu sein. Demgegenüber hat die SPS durchaus bessere Chancen, ihre regionalen Erfolge in nationale zu überführen.

Ein negatives Szenarium für die liberalen Parteien wäre die Entstehung weiterer ähnlicher Parteien. Die Ende März von „Jabloko“, SPS und dem „Komitee 2008“ (G. Kasparow, W. Ryshkow) ausgearbeitete Initiative zur Gründung einer gemeinsamen politischen Plattform scheint wenig Erfolg versprechend zu sein. Doch die Demokraten könnten mit Versuchen konfrontiert werden, eine kremloyale demokratische Struktur zu schaffen. Hierzu ist die vom Vorsitzenden

des Föderationsrates Mironow geleitete „Partei des Lebens“ ebenso geeignet wie der liberale Flügel von „Einiges Russland“, der sich dann noch vor 2007 von der „Partei der Macht“ abspalten müsste. Allerdings ist eher mit einer Fraktionierung innerhalb von „Einiges Russland“ als mit einer vom Kreml geduldeten Spaltung zu rechnen.

Die langfristige Perspektiven des russischen Parteiensystems

Die Mehrheit der gegenwärtig großen politischen Parteien in Russland scheint lebensfähig genug zu sein, um in der politischen Arena als aktiver Spieler agieren zu können. Sie verfügen über eine ausreichend personelle Basis und haben einen festen Wählerstamm. Vor allem die erzielten Erfolge der Parteien bei den regionalen Wahlen widerlegen die These eines Niedergangs des Parteiensystems in Russland.

Zur gleichen Zeit aber können eine Reihe von den bereits umgesetzten oder den in Planung befindenden Gesetzesinitiativen der föderalen Macht die Entwicklung und die Handlungsfelder der politischen Parteien deutlich erschweren. Zu diesen Initiativen gehört auch die Verschärfung des Parteiengesetzes: die Erhöhung der Mindestmitgliederzahl einer Partei von 10.000 auf 50.000 Personen, die Erhöhung der bisherigen 5%-Hürde auf 7%, das Verbot der Bildung von Wahlblöcken und die höheren Hürden bei der Registrierung von Kandidaten oder Listen.

Formal gesehen sollten diese Änderungen zur Entstehung eines stabilen Parteiensystems führen. Erklärmaßen sollte eine Verbesserung der Transparenz der Parteien und die Auflösung von kleinen, politisch marginalen Parteien erreicht werden. Betrachtet man die Maßnahmen als solche, so scheinen sie keineswegs antidemokratisch zu sein: viele von ihnen, so betonen auch immer wieder die Initiatoren der Initiativen, entstammen aus Erfahrungen der Demokratieentwicklung in anderen Staaten. Jedoch erhöhen die Maßnahmen in ihrer Komplexität die „Einstiegsbarriere“ in den Markt der politischen Konkurrenz spürbar.

Daneben sind auch die gegenwärtigen Tendenzen der staatlichen Politik für die Zukunft des russischen Parteiensystems besorgniserregend.

Erstens gibt es Befürchtungen hinsichtlich der praktischen Anwendung des neuen Parteiengesetzes. Es ist unklar, inwieweit dieses Gesetz für die Opposition oder auch für die politischen Kräfte, die der regionalen oder föderalen Macht nicht völlig loyal gegenüberstehen,

diskriminierend wirken wird. Auf Parteien im Ganzen, auf einige Parteimitglieder oder Sympathisanten kann großer administrativer Druck ausgeübt werden. Auffallend ist die verbreitete Praxis bei den regionalen Wahlen, Teilnehmer von der Parteiliste zu streichen. Das erfahren vor allem oppositionelle Parteien, die eine reale Chance haben, die Wahlhürde zu überspringen: so geschehen in Chanti-Mansijsk bei der Russischen Partei der Rentner (RPP) und der LDPR und auch im Gebiet Magadansk bei der RPP, dem Block SPS und „Jabloko“. Parteien, die der Macht sehr nahe stehen, haben keine solchen Probleme.

Zweitens büßen die Parteien durch die sich ständig ändernden Parteien- und Wahlgesetze Stabilität ein. Die „Anhebung der Barrieren“ erfolgte in den letzten Jahren in mehreren Etappen: Parteiengesetz (2001), Erhöhung der Wahlhürde (2002), das Verbot der Teilnahme von gesellschaftlichen Organisationen an den Wahlen (2003), die zweite Anhebung der Mindestmitgliederzahl einer Partei (2004), die Abschaffung von Direktmandatskreisen und das Verbot von Wahlblöcken bei den Wahlen der Duma (2005), das Verbot der Teilnahme von Wahlblöcken bei regionalen Wahlen und die Änderungen bezüglich der Parteienregistrierung und Kandidaten (bei der Überprüfung).

Die Änderungen der Gesetze erfolgten in den letzten beiden Jahren durchweg auf Initiative der Exekutive und wurden von der Partei „Einiges Russland“ aktiv unterstützt. Jede Änderung engt in der Konsequenz den Spielraum für Parteien, die nicht mit der Macht verbunden sind, deutlich ein. Es gibt dabei keine Garantie, dass dieser Prozess auf „dieser Ebene endet“ und dass keine weiteren Verschärfungen der „Spielregeln“ folgen werden.

Drittens werden – obwohl es seit 15 Jahren in Russland ein Mehrparteiensystem gibt – nach wie vor eine ganze Reihe gesellschaftlicher Interessen nicht berücksichtigt. Dabei handelt es sich um teilweise wichtige Segmente des demokratischen politischen Spektrums. Viele Anhänger schrecken vor der rigiden Parteidisziplin zurück, die sie an die Zeiten der KPdSU als „leitende und führende Kraft“ erinnert. So ist bis heute in Russland noch keine Partei im sozial-demokratischen Geist entstanden.

Über die Autoren

Dr. Matthes Buhbe ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Zentrum für politische Technologien (Zentr političeskich technologij) steht unter Leitung des Politikwissenschaftlers I.M. Bunin, der gemeinsam mit seinen Kollegen B.I. Makarenko und A.W. Makarkina für den Bericht verantwortlich zeichnet.

Lesetipp

Zentrum für Politische Technologien, Moskau; Friedrich Ebert Stiftung, Moskau: Die Parteien im politischen System Russlands – Bestandsaufnahme und Entwicklungsszenarien. Deutsche Kurzfassung in einer Bearbeitung von Dr. Matthes Buhbe und Maja Denisow, Moskau, Juli 2005 (russische Langfassung: Zentr političeskich technologij: Rossijskaja partijnaja sistema: nyneschnee sostojanie i perspektivy razwitiya. Analitičeskij doklad. Po poručeniju Predstavitelstwa Fonda im. Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa 2005 g.)

Parteiensystem und Demokratie

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Änderungen der Regeln zum Zugang auf den „politischen Markt“ die Defizite des russischen Parteiensystems verschärfen: eine begrenzte institutionelle Bedeutung in der Politik, inadäquate Artikulation der gesellschaftlichen Interessen und als Folge dessen ein geringes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Parteien, die sich angesichts der Neuerungen noch weiter verstärken wird. Wie in dem zurückliegenden Jahrzehnt werden die Parteien auch zukünftig ein untergeordnetes Element der politischen Struktur bleiben und damit von der Politik der Exekutive abhängig sein. Die Entwicklung des Parteiensystems in Russland ist in den nächsten sieben bis 15 Jahren vor allem von so genannten „höheren“ Faktoren abhängig, das heißt, insbesondere von der Entwicklung des politischen Systems im Allgemeinen.

Wegweisend für die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems werden die Jahre 2007 und 2008 sein. Die tatsächlichen Folgen werden aber erst viel später sichtbar werden. Wenn der nachfolgende politische Zyklus von einer stärkeren Zentralisierung der Macht und damit auch einer Verstärkung des monozentristischen Regimes begleitet wird, wird die Macht von den politischen Parteien eine größere Servilität bei einem formal eingehaltenen Mehrparteiensystem fordern. Dies kann dann erreicht werden, wenn die „Einstiegsbarriere“ in den Markt der politischen Konkurrenz weiter erhöht und der Einsatz von administrativen Ressourcen bei den Wahlen weiter verstärkt wird. Das kann zum Beispiel durch einen stärker begrenzten Zugang der Parteien zu den Medien und finanziellen Mitteln erfolgen.

Die Herausbildung einer „klassischen Demokratie“ in Russland ist in naher Zukunft höchst unwahrscheinlich. Der Weg hin zu einem vollwertigen, konsolidierten Parteiensystem in Russland wird sehr langwierig und schwierig sein. Die Krise des Parteiensystems, die sich nach den Parlamentswahlen 2003 gezeigt hat, hat wahrscheinlich noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems in Russland ist nach wie vor offen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Tabellen und Grafiken zum Text

Die Parteien in Wahlen und Umfragen

In welchem Maße verdienen folgende Institutionen Vertrauen... (Lewada, September 2004)

	völlig			nicht völlig			überhaupt nicht			Residuum		
	2000	2003	2004	2000	2003	2004	2000	2003	2004	2000	2003	2004
Präsident	45%	58%	56%	33%	29%	28%	9%	5%	8%	13%	8%	8%
Kirche, Religionsgruppen	39%	40%	43%	22%	20%	22%	11%	10%	8%	28%	30%	27%
Armee	35%	28%	30%	35%	32%	34%	16%	22%	20%	14%	18%	16%
Presse, Radio, Fernsehen	26%	23%	26%	44%	40%	45%	18%	23%	18%	12%	14%	11%
Staats sicherheitsorgane	21%	20%	21%	36%	33%	32%	22%	21%	23%	21%	26%	24%
Regionale Führungsorgane	20%	17%	19%	36%	36%	37%	28%	31%	29%	16%	16%	15%
Kommunale Führungsorgane	19%	16%	19%	37%	35%	37%	30%	36%	33%	14%	13%	11%
Regierung	20%	15%	17%	43%	44%	41%	20%	27%	26%	17%	14%	16%
Gerichte		11%	14%		32%	34%		30%	29%	100%	27%	23%
Staatsanwaltschaft		11%	12%		30%	34%		30%	26%	100%	29%	28%
Föderationsrat	12%	8%	12%	40%	36%	36%	23%	24%	23%	25%	32%	29%
Staatsduma (Parlament)	10%	9%	11%	43%	43%	44%	30%	36%	34%	17%	12%	11%
Gewerkschaften	11%	10%	11%	28%	22%	24%	29%	32%	31%	32%	36%	34%
Miliz (Polizei)	14%	10%	10%	39%	34%	35%	36%	44%	43%	11%	12%	12%
Politische Parteien	7%	5%	5%	31%	29%	29%	34%	39%	39%	28%	27%	27%

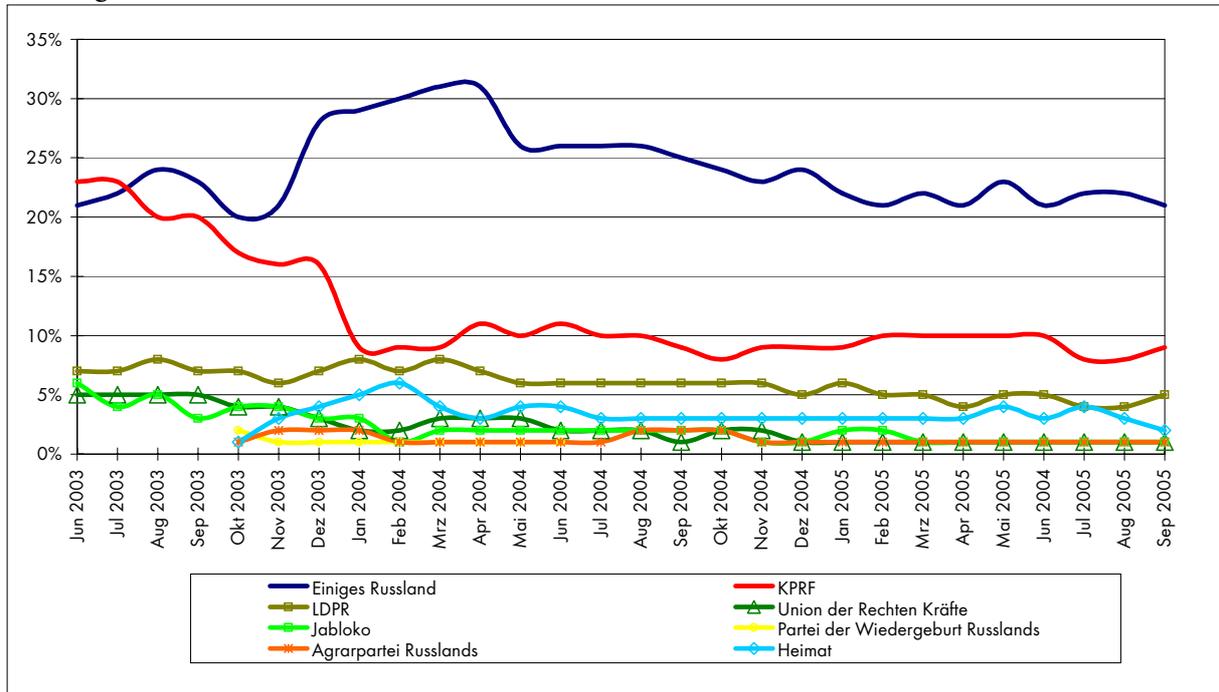
 Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrum www.levada.ru/press/2004092702.html

Die Interessen welcher Bevölkerungsschicht vertreten die folgenden Parteien...? (VCIOM, Juni 2003)

	“Einiges Russland”	KPRF	“Jabloko”	Union der rechten Kräfte	LDPR
Oligarchen, Bankiers, Großunternehmen	18%	4%	9%	24%	13%
Führungsriege: Leiter großer Unternehmen	15%	5%	9%	16%	10%
Bundes- und Regionalbeamte, Bürokratie	16%	6%	8%	11%	12%
“Silowiki”: Mitarbeiter von Geheimdienst, Armee, Polizei	12%	2%	3%	5%	10%
kulturelle und wissenschaftliche Elite	4%	2%	16%	7%	3%
Gehobene Mittelschicht: Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen	17%	10%	19%	15%	9%
Intelligentsia: Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Fachleute	10%	15%	26%	10%	4%
einfache Menschen: Angestellte, Arbeiter, Landarbeiter	16%	37%	7%	6%	9%
arme Bevölkerungsschichten: Arbeitslose, sozial Schwache	5%	29%	2%	2%	5%
alle ohne Ausnahme	5%	4%	2%	2%	4%
keine Antwort	23%	22%	28%	31%	39%

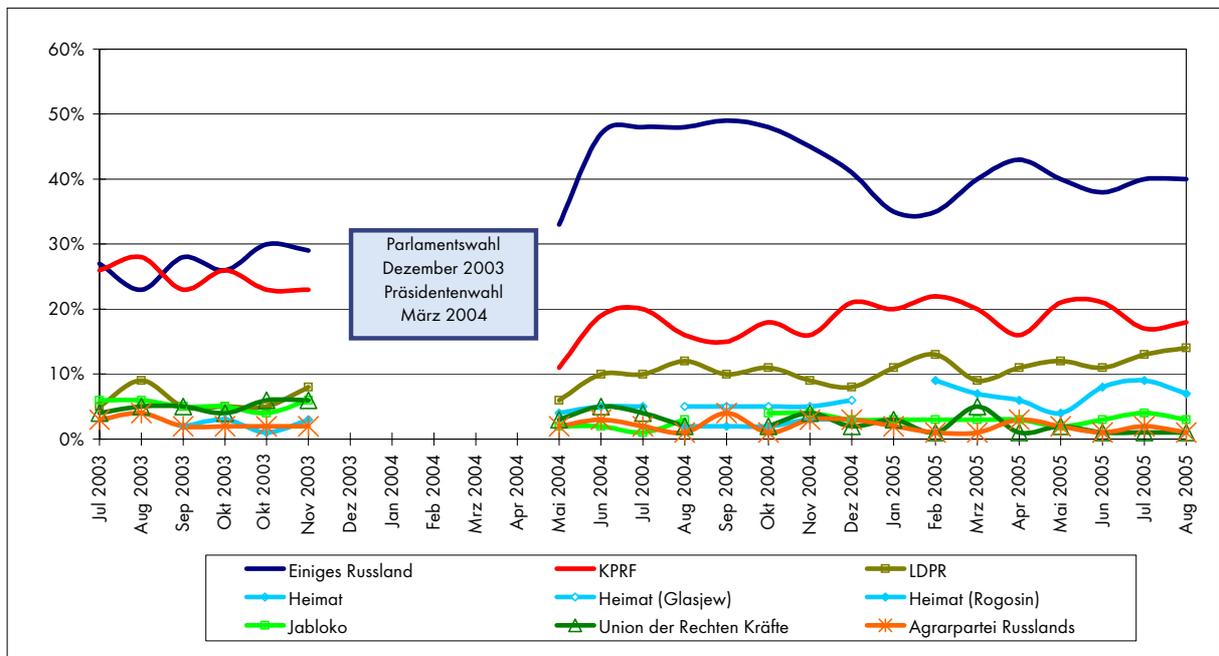
 Quelle: Umfragen des VCIOM vom Juli 2003 <http://www.vciom.ru/?pt=42&article=89>

**Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?
(Umfragen des FOM)**



Quelle: Umfragen der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), zusammengestellt aus den Angaben auf der Website von FOM
<http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/>
<http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/dominant2004;> <http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/dominant2003>

**Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?
(Umfragen des Lewada-Zentrums)**



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums
www.levada.ru/reitingi.html; www.levada.ru/reitingi2004.html
www.levada.ru/reitingi2005.html 19. September 2005

Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?
(Umfragen des FOM)

	Jun 2003	Jul 2003	Aug 2003	Sep 2003	Okt 2003	Nov 2003	Dez 2003	Jan 2004	Mrz 2004	Mai 2004	Jul 2004	Sep 2004	Nov 2004	Dez 2004	Jan 2005	Feb 2005	Mrz 2005	Apr 2005	Mai 2005	Jun 2005	Jul 2005	Aug 2005	Sep 2005	
Einiges Russland	21%	22%	24%	23%	20%	21%	28%	29%	31%	26%	26%	25%	23%	24%	22%	21%	22%	21%	23%	21%	22%	22%	22%	21%
KPRF	23%	23%	20%	20%	17%	16%	16%	9%	9%	10%	10%	9%	9%	9%	9%	10%	10%	10%	10%	10%	8%	8%	8%	9%
LDPR	7%	7%	8%	7%	7%	6%	7%	8%	8%	6%	6%	6%	6%	5%	6%	5%	5%	4%	5%	5%	4%	4%	4%	5%
Union der Rechten Kräfte	5%	5%	5%	5%	4%	4%	3%	2%	3%	3%	2%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Jabloko	6%	4%	5%	3%	4%	4%	3%	3%	2%	2%	2%	2%	1%	1%	2%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Partei der Wiedergeburt Russlands					2%	1%	1%	1%	1%	1%														
Agrarpartei Russlands					1%	2%	2%	2%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Heimat					1%	3%	4%	5%	4%	4%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	4%	3%	4%	3%	3%	2%
Volkspartei			1%	2%	0%	0%	1%	0%	1%	0%														
“Die Grünen”						0%	0%	0%																
Eine andere Partei	1%	1%	1%	2%	0%	0%			1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Gegen alle	5%	5%	6%	6%	6%	5%	5%	6%	6%	7%	8%	7%	6%	7%	8%	9%	10%	9%	8%	9%	9%	9%	9%	9%
Gehe nicht wählen	11%	12%	12%	12%	12%	11%	8%	16%	16%	21%	20%	21%	21%	22%	22%	22%	23%	23%	19%	22%	22%	22%	22%	22%
Bin noch unentschieden, keine Antwort	20%	19%	18%	20%	23%	23%	18%	16%	17%	18%	21%	22%	26%	24%	25%	24%	22%	24%	26%	25%	25%	26%	26%	28%
Residuum	1%	2%	0%	0%	3%	4%	4%	3%	0%	0%	0%	1%	1%	2%	0%	1%	1%	2%	1%	1%	2%	2%	0%	0%

Quelle: Umfragen der “Siftung Öffentliche Meinung” (FOM), zusammengestellt aus den Angaben auf der Website von FOM
<http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/> <http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/2004/> <http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/dominant2003/>

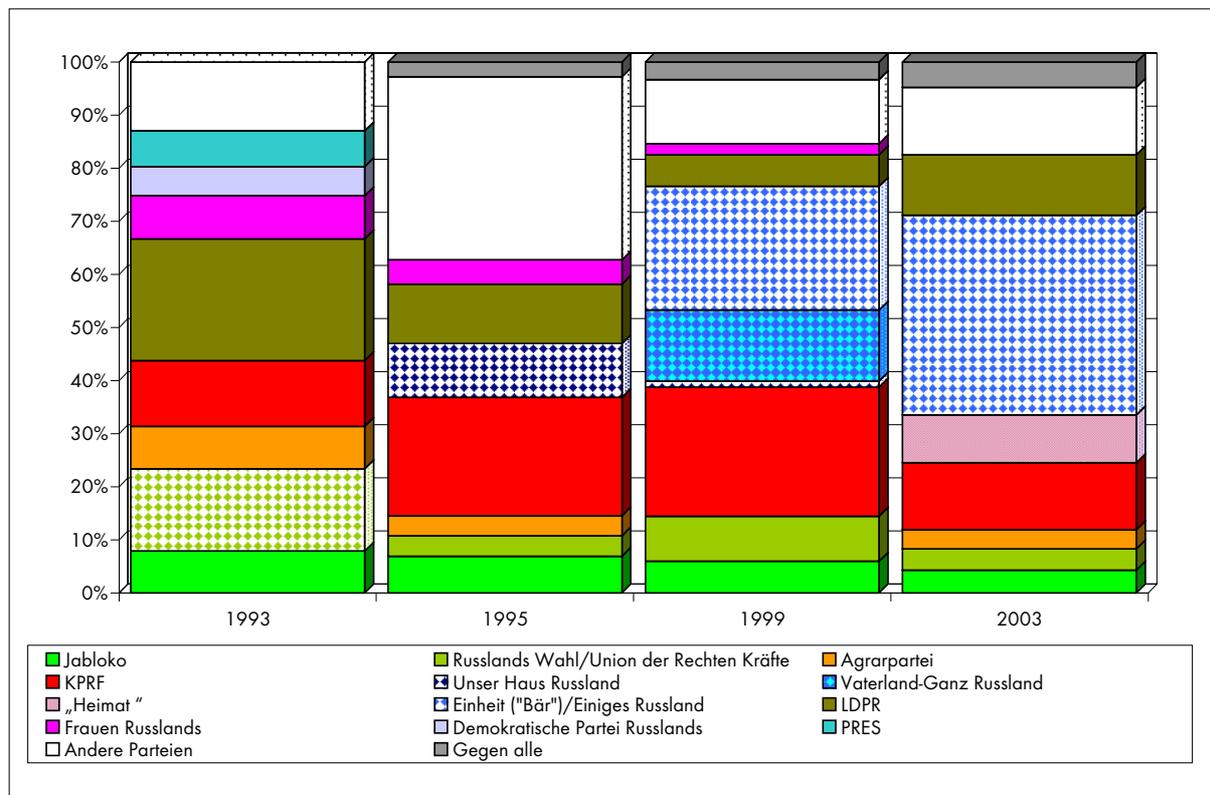
Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?
(Umfragen des Lewada-Zentrums)

(Prozent der Befragten mit Wahlabsicht)

	Jul 2003	Aug 2003	Sep 2003	Okt 2003		Nov 2003	Parlamentswahl Dezember 2003 Präsidentenwahl März 2004	Mai 2004	Jun 2004	Jul 2004	Aug 2004	Sep 2004
Einiges Russland	27%	23%	28%	26%	30%	29%		33%	47%	48%	48%	49%
KPRF	26%	28%	23%	26%	23%	23%		11%	19%	20%	16%	15%
LDPR	5%	9%	5%	5%	5%	8%		6%	10%	10%	12%	10%
Heimat			2%	3%	1%	3%		4%	5%	5%		
Heimat (Glasjew)											5%	5%
Heimat (Rogosin)											2%	2%
Jabloko	6%	6%	5%	5%	4%	6%		2%	2%	1%	3%	
Union der Rechten Kräfte	4%	5%	5%	4%	6%	6%		3%	5%	4%	2%	
Agrarpartei Russlands	3%	4%	2%	2%	2%	2%		2%	3%	2%	1%	4%
Residuum	29%	25%	30%	29%	29%	23%	39%	9%	10%	11%	15%	

	Okt 2004	Nov 2004	Dez 2004	Jan 2005	Feb 2005	Mrz 2005	Apr 2005	Mai 2005	Jun 2005	Jul 2005	Aug 2005
Einiges Russland	48%	45%	41%	35%	35%	40%	43%	40%	38%	40%	40%
KPRF	18%	16%	21%	20%	22%	20%	16%	21%	21%	17%	18%
LDPR	11%	9%	8%	11%	13%	9%	11%	12%	11%	13%	14%
Heimat											
Heimat (Glasjew)	5%	5%	6%								
Heimat (Rogosin)	2%	3%	3%		9%	7%	6%	4%	8%	9%	7%
Jabloko	4%	4%	3%	3%	3%	3%	3%	2%	3%	4%	3%
Union der Rechten Kräfte	2%	4%	2%	3%	1%	5%	1%	2%	1%	1%	1%
Agrarpartei Russlands	1%	3%	3%	2%	1%	1%	3%	2%	1%	2%	1%
Residuum	9%	11%	13%	26%	16%	15%	17%	17%	17%	14%	16%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/reitingi.html> <http://www.levada.ru/reitingi2004.html>
<http://www.levada.ru/reitingi2005.html> 19. September 2005

Ergebnisse der Dumawahlen 1993, 1995, 1999 und 2003 (Parteilisten)
 ("Parteien der Macht": Karamuster)


Parteien und Wahlvereinigungen				
	1993	1995	1999	2003
PRES	6,73%			
Demokratische Partei Russlands	5,52%			
Frauen Russlands	8,13%	4,61%	2,05%	
Jabloko	7,86%	6,89%	5,93%	4,30%
Russlands Wahl/Union der Rechten Kräfte	15,51%	3,86%	8,52%	3,97%
Agrarpartei	7,99%	3,78%	--	3,64%
KPRF	12,40%	22,30%	24,29%	12,61%
Unser Haus Russland		10,13%	1,20%	
Vaterland-Ganz Russland			13,33%	
Einheit ("Bär")/Einiges Russland			23,32%	37,57%
„Heimat“				9,02%
LDPR	22,92%	11,18%	5,98%	11,45%
Gegen alle		2,77%	3,30%	4,75%
Andere Parteien	12,94%	34,48%	12,07%	12,68%
Wahlbeteiligung	54,37%	64,38%	60,43%	57,00%
Parteien unterhalb der 5%-Grenze	12,94%	49,50%	18,62%	29,34%
Jabloko+SPS	23,37%	10,75%	14,45%	8,28%

Quellen: Kommersant, 21.12.1999, S. 1; http://www.fci.ru/gd99/vb99_int/default.htm vom 23.12.199; Bjulleten Zentralnoj isbiratelnoj komissii Rossijskoj Federazii, 1994, No. 1 (12), S. 34–80; http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2 9. Dezember 2003.

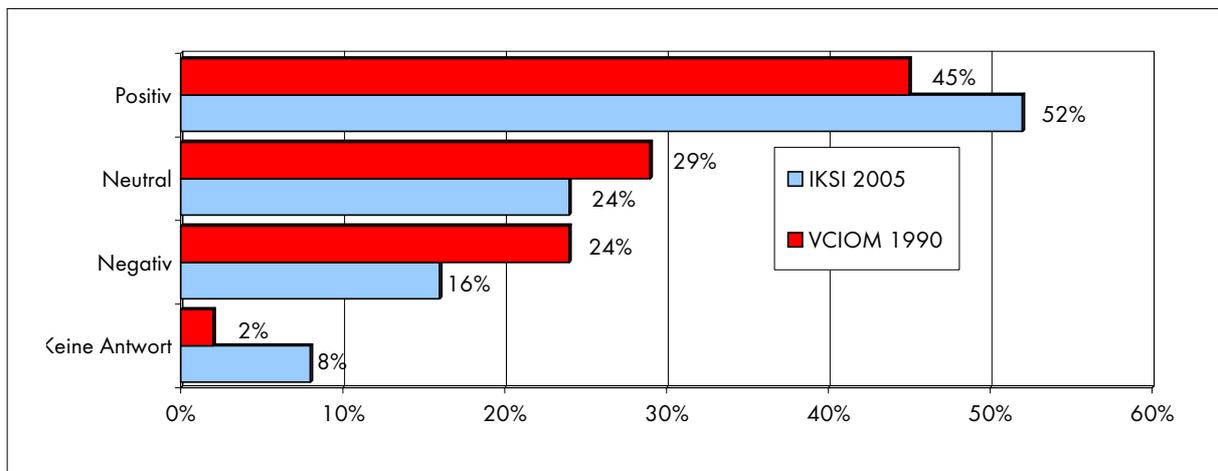
Umfrage

Wie bürgerlich ist Russland heute?

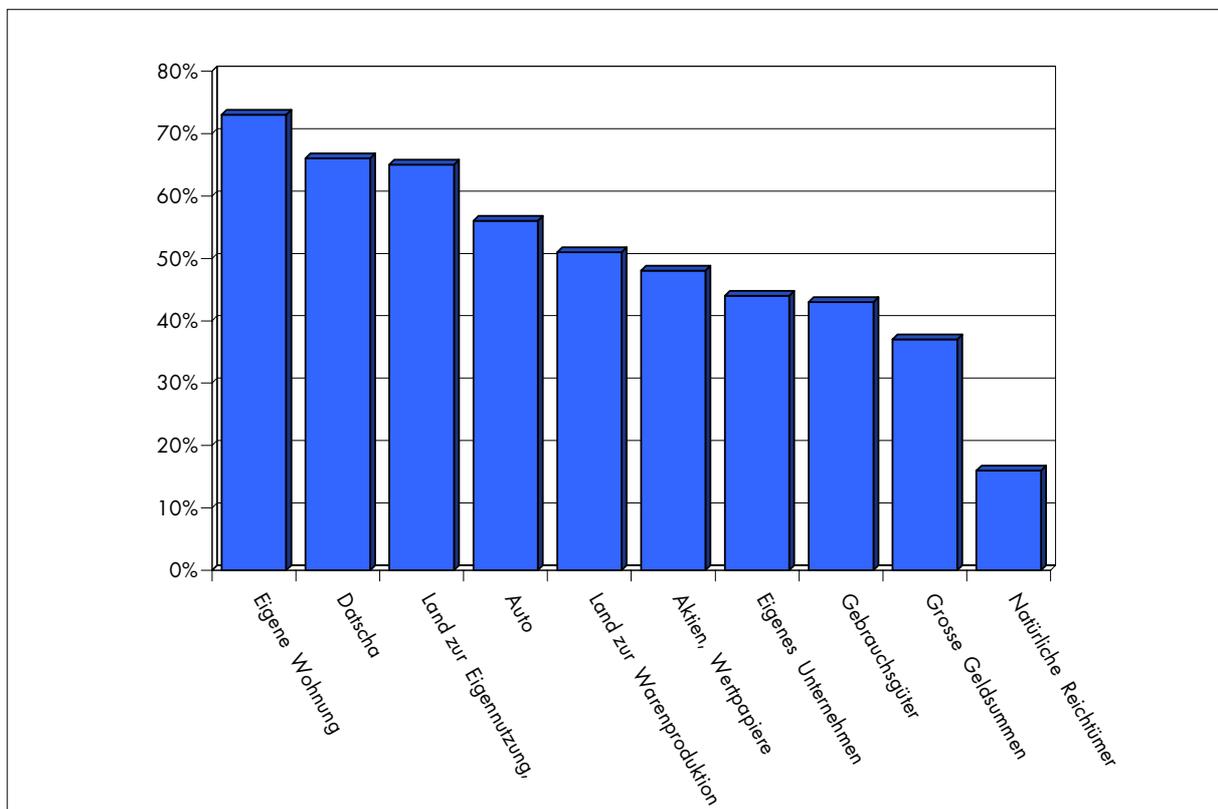
Die Einstellung der Russen zum Eigentum

Ergebnisse einer Umfrage, die das "Institut für komplexe Gesellschaftsstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften" (IKSI) im April 2005 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat.

Ist weit verbreiteter Privatbesitz überhaupt wünschenswert? (Umfragen des IKSI 2005 und des VCIOM 1990)

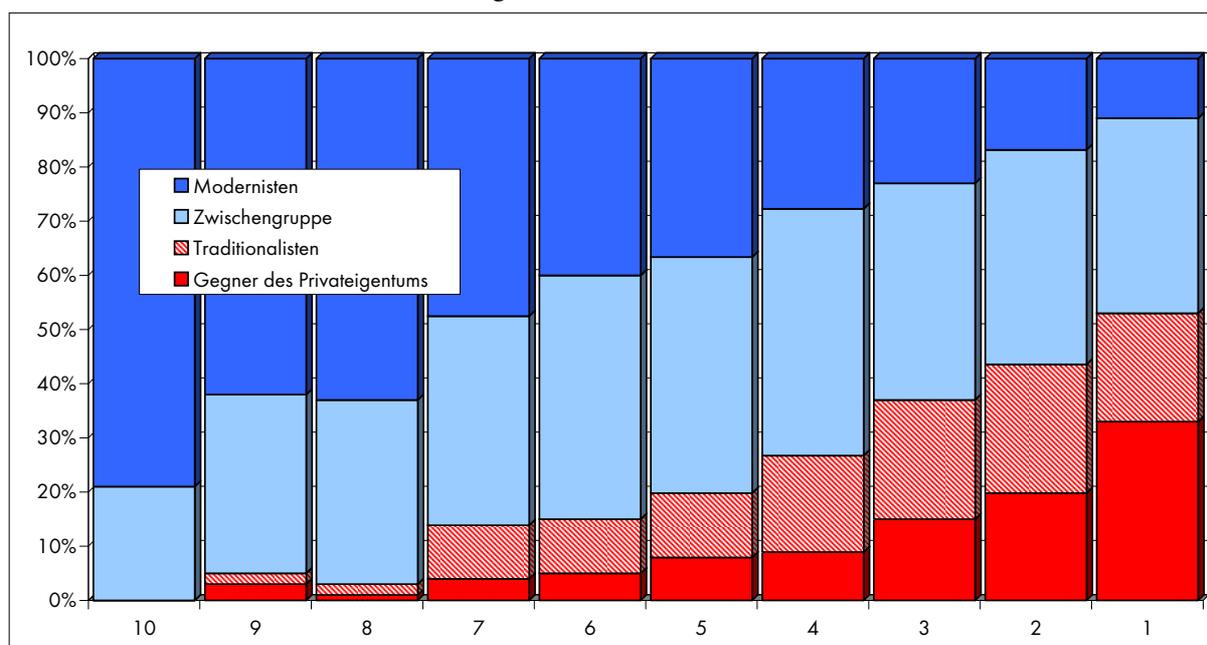


Woran die Russen denken, wenn sie über Privateigentum reden

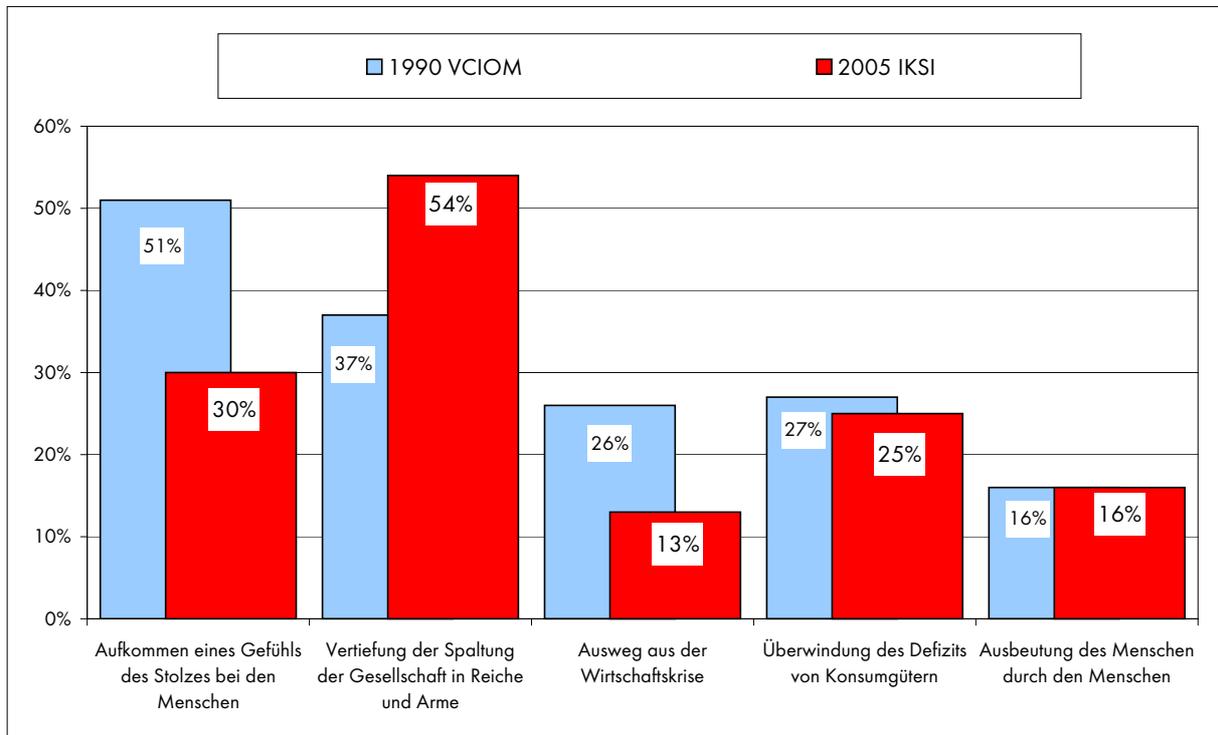


Assoziationen bei Mentalitätsgruppen mit Begriffen von Verfügungsgewalt

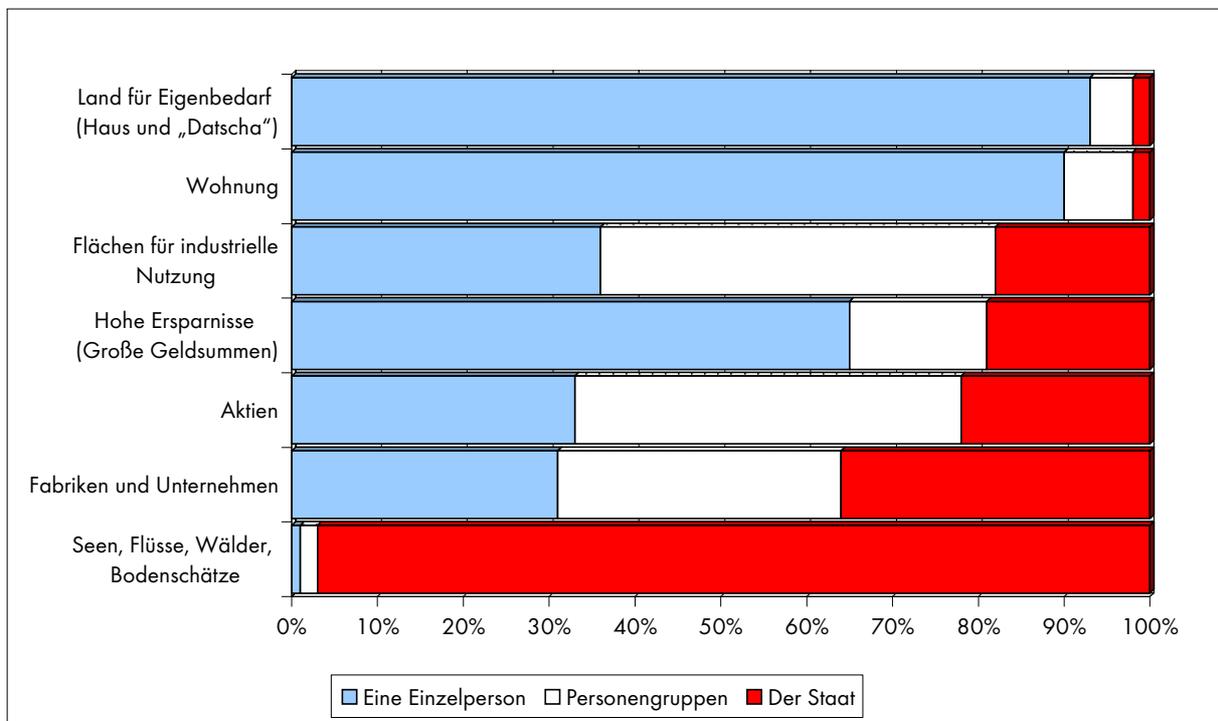
	Gegner des Privateigentums	Traditiona- listen	Zwischen- gruppe	Modernisten
Der Staat soll Eigentümer von Betrieben und Organisationen sein	75%	57%	33%	15%
Bin Gegner jeglicher Privatwirtschaft	73%	24%	6%	0%
Unternehmer schlagen aus anderer Leute Arbeit Kapital schlagen	84%	65%	46%	27%
Unternehmer geben den Menschen Arbeit	17%	35%	54%	73%
Der Begriff "Unternehmer" weckt positive Assoziationen	22%	51%	73%	92%
Der Begriff "Eigentümer" weckt positive Assoziationen	20%	53%	75%	90%
Der Begriff "Konkurrenz" weckt positive Assoziationen	33%	49%	60%	71%
Der Begriff "Reichtum" weckt positive Assoziationen	47%	62%	79%	88%

 Relativer Anteil der „Mentalitäten“ nach Höhe des Einkommens
 (Dezile; 10= hohes Einkommen, 1=niedriges Einkommen)


Welche Folgen hat Privateigentum für Russland?



Wer soll bei folgenden Eigentumsbereichen die Verfügungsrechte haben?



Quelle: Dr. Matthes Buhbe: Die Einstellung der Russen zum Eigentum: Wie bürgerlich ist Russland heute? Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bearbeitung: Dr. Matthes Buhbe. Leiter der Studie: Prof. Dr. Michail Gorskow, Direktor des Instituts für komplexe Gesellschaftsstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften IKSI, Moskau, 7. Juni 2005, 6 S.

Chronik

Vom 16. bis zum 22. September 2005

16.9.2005	Präsident Putin trifft in Washington mit Präsident Bush zusammen.
16.9.2005	Putin nominiert Georgij Boos als Gouverneur von Kaliningrad. Das regionale Parlament bestätigt die Ernennung mit 27 gegen 2 Stimmen. Boos, der eng mit dem Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow verbunden ist, tritt sein Amt am 19. November an, wenn die Amtszeit des jetzigen Kaliningrader Gouverneurs Wladimir Jegorow ausläuft.
16.9.2005	Valerij Kokow, der Präsident von Kabardino-Balkarien, tritt zurück.
17.9.2005	In Moskau demonstrieren etwa 1.000 Anhänger linker Parteien gegen den Kapitalismus in Russland.
17.9.2005	Die KPRF initiiert landesweit ein "Volksreferendum". Sieben Tage lang erhalten Wähler die Möglichkeit, sich zur sozialen Lage, Gesundheitswesen, Wahrung nationaler Bodenschätze und anderen Fragen zu äußern.
18.9.2005	Der Journalist Jegor Jakowlew stirbt nach langer Krankheit im Alter von 75 Jahren. Jakowlew war 1986 Chefredakteur der Wochenzeitung "Moskowskie Nowosti", die er zum führenden Organ der Perestrojka-Zeit machte. 1991–2 stand er der Allunions-Rundfunk-Gesellschaft vor, die er zum Fernsehsender „Ostankino“ umwandelte. Als Jelzin ihn entließ, gründete er die „Obschtschaja gaseta“, die sich für Menschenrechte und Demokratisierung einsetzte. 2002 verkaufte er die Zeitung an den Petersburger Geschäftsmann Leibmann, der die Zeitung schloss.
18.9.2005	Der nordossetische Präsident Tajmuras Mansurow und sein südossetischer Amtskollege Eduard Kokojty unterzeichnen ein Abkommen über die Intensivierung der wirtschaftlichen und ökonomischen Zusammenarbeit der beiden Republiken. Nordossetien ist Teil Russlands, während Südossetien zu Georgien gehört.
19.9.2005	Nach einem Treffen mit Industrie- und Energieminister Christenko erklären sich die Erdölkonzerne Lukoil, TNK, Sibneft, Rosneft, Tatneft und Surgutneftegaz bereit, die Inlandspreise für Benzin einzufrieren.
20.9.2005	In Karabulak (Inguschetien) gerät eine Polizeipatrouille in einen Hinterhalt. Drei Polizisten werden getötet, ein weiterer verletzt.
20.9.2005	Das Moskauer Stadtgericht verschiebt die Verhandlung über den Einspruch gegen das Urteil im Falle Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew auf Bitten der Verteidigung auf den 22. September. Hintergrund ist die Bewerbung Chodorkowskij um einen Dumasitz, die nur dann erfolgen kann, wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Daher versucht die Verteidigung die Entscheidung des Kassationsgerichts hinauszuschieben.
21.9.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow trifft in Taschkent ein, um die ersten gemeinsamen russisch-usbekischen Manöver zu beobachten.
21.9.2005	Anlässlich des 625. Jahrestags der Schlacht auf dem Schnepfenfeld (Kulikowo pole) lässt Patriarch Aleksij II. in allen Kirchen Seelenmessen für die Helden zu lesen. In Moskau wird ein Denkmal enthüllt. Auf dem Schnepfenfeld schlug Dmitrij Donskoj ein Tatarenheer unter Mamaew und beendete damit die Phase tatarischer Herrschaft über das Großfürstentum Moskau.
22.9.2005	Die Duma verabschiedet in 3. und letzter Lesung ein Gesetz über die Vereinigung des Autonomen Bezirks der Dolganen und Nenzen von Taimyr, des Autonomen Bezirks der Ewenken und des Bezirks Krasnojarsk zu einem neuen Föderationssubjekt.
22.9.2005	In Naltschik, der Hauptstadt von Kabardino-Balkarien, wird Isa Edisultanow, der so genannte Emir der Region Schali (Tschetschenien), von Spezialkräften festgenommen. Edisultanow hat 2002–2004 eine Reihe von Anschlägen gegen die föderalen Truppen organisiert.
22.9.2005	Das Moskauer Stadtgericht lehnt die Berufung von Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew gegen ihre Verurteilung wegen Steuerhinterziehung ab, verkürzt aber das Strafmaß von neun auf acht Jahre. Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew erklären, bis vor den Europäischen Gerichtshof in Straßburg ziehen zu wollen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

OSTEUROPA 8/2005 ist erschienen. Das Themenheft ist „Europa bilden. Politische Bildung zwischen Ost und West“ gewidmet. Es hat 256 Seiten und enthält 10 Abbildungen und 20 Karten, kostet 15.00 € und ist zu beziehen über osteuroopa@dgo-online.org.

Es enthält folgende Beiträge zu Rußland:

Fritz Erich Anhelm

Differenzierung tut not

Politische Bildung und die Neugliederung Osteuropas

Fünfzehn Jahre nach dem Ost-West-Konflikt fehlen der politischen Bildung Konzepte zum Umgang mit dem ausdifferenzierten Osteuropa. Ein demokratisch konsolidierter Teil gehört zur EU, ein zweiter mit Rußland im Mittelpunkt besteht aus hybriden Systemen, in denen demokratische Elemente mit autoritären Tendenzen koexistieren. Der dritte Teil sind die Diktaturen Mittelasiens. Bezugspunkt jeder politischen Bildung bleibt es, einen Beitrag zur Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur zu leisten. Doch in Europa gibt es bislang keinen Konsens, wie das geschehen könnte. Auf EU-Ebene mangelt es an Kompetenzen und politischem Bewußtsein. Die Brüsseler Kampagnenorientierung ist kurzatmig und damit kontraproduktiv. Für die Träger politischer Bildung ist die Kooperation mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erforderlich. Deren Expertise eröffnet ein großes Potential für eine Didaktik jenseits der Bipolarität.

Jan Plamper

Lebens-Bildung

Mit Aktion Sühnezeichen in St. Petersburg

Politische Bildung soll Vorurteile überwinden und den Menschen dazu befähigen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Kein noch so gut aufbereitetes didaktisches Material kann die Erfahrung ersetzen, die das Leben bereithält. Was die vier Damen, die der Autor während seines Ersatzdienstes Anfang der 1990er Jahre mit *Aktion Sühnezeichen* in der offenen Altenarbeit betreute, über den Stalinismus und den Nationalsozialismus zu erzählen hatten, steht ein Jahrzehnt später im Mittelpunkt von geschichtswissenschaftlichen Debatten.

Stephan Malerius, Eveline Odermatt

Die Zivilgesellschaft stärken

Der Deutsch-Russische Austausch

Der Deutsch-Russische Austausch vermittelte zunächst Freiwillige aus Deutschland nach Osteuropa. Er hat sieben Beratungszentren für Nichtregierungsorganisationen in Rußland und der Ukraine aufgebaut, Programme für 1250 NGOs und über 10 000 Journalisten, Jugendarbeiter oder Juristen durchgeführt. Einem breiten Selbstverständnis von politischer Bildung verpflichtet, verfolgt der Deutsch-Russische Austausch das Ziel, Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln sowie demokratische Spielregeln zu stärken. Ausdruck davon ist das Austauschprogramm für Freiwillige aus Osteuropa, das junge Menschen unterstützt, die an der politischen und sozialen Entwicklung ihres Heimatlandes interessiert sind. Sie leisten wesentliche Beiträge zum Zusammenwachsen Europas.

Christiane Künzel, Melanie Arndt

Dem Frieden dienen

Als Freiwillige in Sankt Petersburg und Minsk

Die Arbeit als Freiwillige in Osteuropa, ganz gleich ob bei der Menschenrechtsorganisation *Memorial*, in Krankenhäusern, Kinderheimen oder Organisationen für Opfer von Černobyl, bedeutet konkrete Hilfe vor Ort. Sie garantiert wertvolle Erfahrungen, schafft persönliche Kontakte zwischen Ost und West und erweitert den Horizont aller Beteiligten über die Projektdauer hinaus. Zwei ehemalige Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* ziehen eine persönliche Bilanz.

Sebastian Welter

Demokratie leben lernen

Der Deutsche Volkshochschul-Verband in Rußland

Das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes ist seit 1993 in Rußland tätig. Vorrangiges Ziel der Arbeit ist nicht, Wissen über Demokratie zu verbreiten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß demokratische Einstellungen nicht allein in politischen Bildungsseminaren vermittelt werden können. Vielmehr muß die Zivilgesellschaft gestärkt und das Selbstbewußtsein gerade benachteiligter Bevölkerungsschichten gefördert werden. Die Erwachsenenbildung muß hierbei auch berufsorientiertes Wissen vermitteln und soziale Probleme in den Fokus nehmen. Nur so kann verhindert werden, daß Demokratieförderung als utopisches Projekt oder gar als westliche Bevormundung wahrgenommen wird, sondern im Alltag erfahren werden kann.

OSTEUROPA hat eine englische Sonderausgabe produziert: „Sketches of Europe. Old Lands. New worlds“ hat 352 Seiten, 28 Abbildungen und 2 Karten, kostet 15.00 € und ist zu beziehen über osteuroopa@dgo-online.org.

Es enthält folgende Beiträge zu Rußland:

Karl Schlögel

On the Futility of a Professor's Life

Otto Hoetzsch and the Study of Russia in Germany

In 1946, Otto Hoetzsch called upon scholars to incorporate Russia and Eastern Europe into their view of history. This was the conclusion he had reached after a lifetime of research. In Berlin during the 1920s Hoetzsch, who was a scholar, politician, and tireless man of action, created networks of people interested in Russia regardless of their ideological differences. He founded the Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde and the journal Osteuropa. Hoetzsch organized and inspired Russian emigrants, Baltic Germans, and Soviet Russians. After World War I, Berlin was recognized throughout the world as the centre of scholarly work on Russia and Eastern Europe. The Nazis defamed Hoetzsch as a “parlour bolshevik”, destroyed academic research on Eastern Europe, and unleashed war in Europe. And after World War II, Otto Hoetzsch and his pan-European perspective suffered their final defeat in the shape of the division of Europe.

Tomas Venclova

An Initiation to Europe

Joseph Brodsky's Königsberg Poems

Königsberg appears in Russian literature as a city on the borderline between Russia and Europe. Although the former Königsberg was almost completely destroyed in World War II, it remained in the eyes of Russian intellectuals the only Soviet city with associations with West European cultural traditions that they could see with their own eyes. Joseph Brodsky wrote three poems about Kaliningrad which take up the Königsberg topos. In the humorous sketch Otryvok, he paints a picture of life on the most important base of the Baltic Fleet. Otkrytka iz goroda K. (one of Brodsky's finest poems) and To an old architect in Rome, on the other hand, develop the most important themes of the “Königsberg text” in a tragic tone. Thus Brodsky's Königsberg cycle transforms the sovietized city of Kaliningrad into a place of European literature.

Dorothea Redepenning

Russian Content in a European Form

The Dialogue of Cultures in Music

A glance through the annals of Russian art music through its history, focussing on selected examples, brings to light many diverse aspects of intercultural dialogue. In the 18th century, this can be seen in the position given to Italian music, which was ranked as highly in Petersburg as anywhere else in Europe. In the course of the 19th century, a particular musical style developed which both Russians and foreigners held to be “Russian”. Though the material and subject was borrowed from folk music, the procedure was thoroughly European.

Roland Götz

Pipedreams: Russia and Europe's Energy Supply

Russia's energy strategy has implications for the energy supply of the European Union.

Approximately one third of Europe's oil imports come from Russia. The situation is different where gas is concerned. Here, Europe's need for imported gas is growing rapidly and Russia cannot satisfy this demand on its own. Russia is planning to build new pipelines via the Baltic Sea and Eastern Turkey to Europe. There are plans to extend the pipeline connection with Central Asia and the network that crosses Ukraine. For the transport of oil, the construction of a pipeline from Western Siberia to the Arctic Ocean is planned. Russia's government is trying to maintain state control of the energy economy and the pipelines. It would be advantageous for the European importers if Russia were to ratify the Energy Charter, which would make it easier for foreign investors to invest in the energy economy of the post-Soviet space.